

# Forderung nach aktiver Familienpolitik

Autor(en): **Iten, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **64 (1977)**

Heft 14-15: **Kleinere Schulklassen : Rückblick auf einen Abstimmungskampf**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-532031>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

### **Den Geburtenrückgang ausnützen**

Tatsächlich führt der Geburtenrückgang auf natürliche Weise und ohne grosse Kosten dazu, dass die Klassenbestände kleiner werden, sofern die heutige Zahl der Lehrstellen nicht verringert wird. Aber schon heben Gemeinden – die Stadt Luzern – Lehrstellen auf und machen in Sparübungen im Volksschulwesen. Wenn aber an Mittelschulen durchschnittliche Klassenbestände von 18

Schülern eingeführt und – zu Recht – akzeptiert sind, warum sollen dann an Volksschulen, die alle Schüler durchlaufen müssen, kleinere Klassen nicht möglich sein? Was für rund 10 Prozent der Schüler recht und billig ist, soll auch für die grosse Mehrheit gelten! Darum: ja für kleinere Klassen an den Volksschulen!

aus: «LNN» Nr. 127 vom 3. Juni

### **Forderung nach aktiver Familienpolitik**

Andreas Iten

Die Regierung des Kantons Zug schlägt als oberste Grenze 32 Schüler pro Klasse vor, wobei aber bei den Sekundar-, Real-, Hilfs- und Sonderschulen die Grenzen viel tiefer sind. Klassen für Schulanfänger sollten nach der Kommission eine Grösse zwischen 18 und 22 haben, wobei als obere Grenze 25 vorgeschlagen wird. Das ist ein Grund, warum ich vorschlug, man soll die Stundenzahlen der Schulanfänger herabsetzen. Bei uns ist nämlich das System des sogenannten Alternierens oder wechselweisen Unterrichts der halben Klasse eingeführt. Das könnte dann zum Beispiel zur Folge haben, dass die Erstklässler nur etwa zehn Stunden in der Gesamtklasse unterrichtet werden müssen, womit dem Postulat der Kommission «Anwalt des Kindes» weitgehend Rechnung getragen wäre.

Im Bundesland Bayern hat eine freie Pädagogengruppe, die nicht auf politische Verhältnisse Rücksicht nimmt, sondern nur fordert, was sie erziehungswissenschaftlich verantworten kann, Empfehlungen an den «kulturpolitischen Ausschuss des Bayerischen Landtages» abgegeben. In ihrer Eingabe verlangt sie neben vielen anderen Re-

formpunkten auch kleinere Klassen und schreibt wörtlich unter Punkt 2.12: «Wir fordern Schaffung kleiner Klassen in allen Schulen. Als Richtzahl sollten 25 Schüler in einer Klasse festgelegt werden. Ab dem 31. Schüler muss jede Klasse geteilt werden.» Eine Forderung, die zwischen Richtzahlen und Grenzzahlen unterscheidet, könnte ich auch unterstützen. Nicht aber eine Forderung, die es den Gemeinden verbietet, Klassen zusammenzulegen, die eine minimale Grösse von 17 in der Primar-, von 14 in der Real-, von 16 in der Sekundarschule hat. Der bedeutende Zürcher Reformpädagoge Marcel Müller-Wieland schreibt in seinem Buch «Wandlung der Schule» (erschienen 1976) mit dem Untertitel «Individualisierung und Gemeinschaftsbildung», dass es in der Schweiz noch immer Klassen gebe, deren Bestand zwischen 35 und 40 Schülern liegt. Diese Grössen, so meinte er, seien allmählich drastisch zu reduzieren (ein Anliegen, das auch die Schulkommission Unterägeri verfolgt). Er schildert dann, um seine Methoden des neuzeitlichen Unterrichts zu veranschaulichen, zwei Schulversuche, die er filmisch festgehalten hat. Diese Programme realisierte er notabene mit zwei Klassen, in

*Redaktion und Administration der «schweizer schule»  
wünschen allen unsern Lesern erholsame Ferien.*

denen 31 bzw. 32 Schüler mitmachten. Die Filme sind als Anschauungsmaterial erhältlich.

### **Schulerfolg als Ergebnis einer Schülerpersönlichkeit**

Nun dürfen auch die Forschungsprojekte über den Zusammenhang zwischen Schulerfolg und Klassengrösse, wie sie in verschiedenen Ländern Europas und Amerikas durchgeführt wurden, nicht einfach bagatelisiert oder gar unterschlagen werden. Der Schulerfolg ist das Ergebnis einer Schülerpersönlichkeit, die sich dank einer guten sozialen Einstellung, einer gesunden Arbeitshaltung und eines stabilen seelischen Gleichgewichtes, das sie von zu Hause mitbringt, in der Klasse durchsetzt, wobei ein guter Lehrer diesen Erfolg zu ermöglichen hilft. Der Lehrer hat hier also eine Art Hebammenarbeit zu leisten.

### **Leistungsvergleiche mit eindeutigem Ergebnis**

Der Schwede Marklund hat auf breiter statistischer Basis nationale Leistungsvergleiche in Lesen, Schreiben, Mathematik, Englisch, Geschichte, Erdkunde und Naturkunde durchgeführt. «Bei der Landesstichprobe wurden folgende Klassenstärken verglichen: 16 bis 20, 21 bis 25, 26 bis 30 und 31 bis 35. Bei einem Vergleich der Klassen auf der Basis der zusammengesetzten Werte im Leistungstest erbrachten Klassen mit 26 bis 30 Schülern die höchsten, Klassen mit 21 bis 25 Schülern die niedrigsten Werte. Klassen mit einer Stärke von 31 bis 35 und 16 bis 20 Schülern nahmen eine Mittelstellung ein; wurden sie zusammengefasst, so lagen die Klassen mit 26 bis 35 Schülern wesentlich höher als diejenigen mit 16 bis 25.» (Nachzulesen auch in der kantonsrätlichen Vorlage zur Initiative.) Es liesse sich auch leicht begründen, warum es so ist. Wären die wissenschaftlichen Ergebnisse anders ausgefallen und sprächen eindeutig für Kleinklassen zwischen 16 und 20, so gäbe es dafür in der Bundesrepublik längst eine Grosseffensive. Die guten Übertrittsergebnisse der Sechstklässler von Unterägeri, die in den letzten Jahren über dem kantonalen Durchschnitt lagen, bestätigen, dass auch mit grösseren Klassen (um 30 herum) Erfolge zu erzielen sind.

### **Mit entsprechenden Kosten**

Man macht mich darauf aufmerksam, dass heute Privatschulen mit Kleinklassen werben würden. Warum wohl? In der «Tat» vom 22. April konnte man es nachlesen. Das Zürcher Lernstudio, das von Robert Stiefel geleitet wird, beschäftigt für 800 Kinder 200 Lehrer. Wenn man ein Kind in eine solche Lerngruppe mit zwölf Kindern schicken will, bezahlt man jährlich 11 500 Franken, in einer Gruppe mit nur zwei bis vier Kindern kostet es gar die Kleinigkeit von 33 000 Franken. In Unterägeri zahlt der Steuerzahler (ohne die Investitionen mitzurechnen) pro Kind etwa 2800 Franken (kantonale Subventionen inbegriffen). Wenn wir Klein- und Kleinstklassen anstreben, so werden die Kosten sicherlich nicht kleiner. Das Zürcher Lernstudio übernimmt aber auch noch eine Familienersatzfunktion. Ich wende mich in aller Form gegen solche Tendenzen, die mit viel Geld den Familien vorspielen, sie würden ihre Aufgabe teilweise übernehmen.

### **Nicht Schule und Elternhaus gegeneinander ausspielen**

Die SP befördert mich zum «Anwalt des Kindes», weil ich an der GV der FDP verlangt habe, man solle aus unseren Reihen eine Kommission «für das Kind» einsetzen. Ich wäre sehr gerne ein Anwalt des Kindes, denn was gibt es Wichtigeres in unserem Leben, als die Anliegen der Kinder zu vertreten. Ich forderte darüber hinaus auch eine aktivere Familienpolitik, ohne allerdings Schule und Elternhaus gegeneinander auszuspielen. Im Gegenteil: Ich habe ausführlich und aufgrund wissenschaftlicher Forschungsergebnisse in den USA aufgezeigt, dass eine Schule, die nicht auf die Familie als stützendes Element aufbauen kann, den Schulerfolg nicht zu garantieren vermag. Die Zunahme der Jugendkriminalität, der Drogenabhängigkeit, Auswüchse von Aggressivität und eine beängstigende Zunahme des kindlichen Egoismus, wie er beispielsweise in Basel durch Lehrer festgestellt wird, kann man nicht der Schule anlasten. Zugleich wäre es falsch zu erwarten, dass die Schule etwa durch kleinere Klassen oder gar Kleinstklassen diese Probleme lösen könnte. Die Ursache des Übels liegt viel zu tief. Sie ist in gesellschaftlichen Ver-

änderungen zu suchen, die sich auch auf die Familie ausgewirkt haben. Nicht umsonst reden alle wissenschaftlichen Werke, die sich damit befassen, aber auch Berichte von sozialmedizinischen Diensten davon. Würden wir im Kanton Zug nur einen Zehntel von dem Geld einsetzen, das uns die Initiative in fünf Jahren und vor allem später, falls die Geburten wieder zunehmen, kostet, dann könnten wir unsere Mittel sparsamer und zugleich wirksamer einsetzen.

### **Es fehlen flankierende Forderungen**

Darum habe ich ein ganzes Paket von Empfehlungen an den Vorstand der FDP gerichtet, das diskutiert werden soll und zu einer aktiveren Familienpolitik führen müsste. Der Vorstand wird sich damit beschäftigen und entsprechende Vorstösse unternehmen. Meine Vorschläge für eine «humanere Schule», die mir den schönsten Titel «Anwalt des Kindes» eingetragen haben, sollten nur zeigen, dass man viel an der Schule verbessern könnte, ohne dass der Staat dafür Millionen in die Hand zu nehmen hat. Was mich an der Initiative eben besonders stört, ist, dass man eine Schulreform nur isoliert über kleinere

und Kleinstklassen anstrebt, ohne zugleich auch flankierende Forderungen zu stellen.

### **Schul- und Lebenserfolg nicht identisch**

Ich habe in zahlreichen Erziehungsvorträgen, in Artikeln, die in der Zeitschrift «Ehe-Familie» erschienen sind und in meinem Büchlein «Bald Erstklässler – was dann?», das bereits in einer zweiten Auflage von weiteren 5000 Exemplaren gedruckt wurde, immer versucht, die Mütter für ihre Aufgabe zu begeistern und gesagt, wie wichtig die Familie für den Schul- und noch mehr für den Lebenserfolg ist. Schulerfolg ist nicht immer identisch mit dem Lebenserfolg. Ein Mensch aber, der Schul- und Lebenserfolg hat, stützt sich nicht bloss auf Schulwissen, sondern noch mehr auf seine Arbeitshaltung, seine Motivation und seinen Charakter. Wenn das Kind in der Schule antritt, dann sind diese Persönlichkeitsmerkmale schon stark ausgebildet und sie helfen ihm, den sozialen Wettkampf, ob er sich nun in grösseren oder kleineren Gruppen vollzieht, zu bestehen . . .

aus «Zuger Tagblatt» Nr. 106 vom 7. Mai  
(siehe S. 474 dieser Nummer!)

## **Die Kinder fühlen sich in kleineren Klassen wohler**

Anselm Rohner

Die grossen Parteien (FdP, CVP, . . .) haben das Volksbegehren der SP, die «Initiative für kleinere Schulklassen», dem Volk zur Ablehnung empfohlen. Sie sind also unmittelbar gegen die Initiative, mittelbar aber gegen die Einführung kleinerer Klassen, Klassen von maximal 25 Schülern an der Volksschule. Sie haben verschiedene Gründe vorgebracht. Einige davon – sie standen in der bisherigen Diskussion im Vordergrund – sollen hier mit einigen zusätzlichen Überlegungen kurz diskutiert werden, in der Absicht, ihre Stichhaltigkeit in Frage zu stellen. Daneben werden einige Gründe für die Einführung kleinerer Klassen dargestellt, mehr aus der Sicht des Kindes.

### **Gründe dagegen**

Ein erster, ernstzunehmender Grund ist, die Initiative erübrige sich. Wegen der Gebur-

tenrückgänge, wegen des bereits vorhandenen Reformwillens und wegen des schon beinahe bei der geforderten Grösse von maximal 25 Schülern liegenden Klassendurchschnitts von etwa 27 Schülern.

Liest man diese Gründe durch, so gelangt man zum Schluss, dass keiner dieser Gründe ein Grund gegen die Einführung kleinerer Klassen ist. Im Gegenteil, die Forderung nach Klassen von maximal 25 Schülern scheint schon beinahe erfüllt oder leicht erfüllbar zu sein. Die Konsequenz wäre daher nicht, die Initiative als unnötig anzusehen, sondern vielmehr, sie als leicht realisierbar zu betrachten. Wenn man dies trotzdem nicht tut, so muss etwas an den angegebenen Gründen nicht stimmen. Dann sind es aber auch keine stichhaltigen Gründe für die Behauptung, die Initiative erübrige sich.